

A18 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für alle: Frauen- und Queer-Politik)

Antragsteller*in: LaVo

Antragstext

1 Frauen und Gleichstellungspolitik

2 Es ist eigentlich ganz einfach: Die Hälfte der Macht den Frauen. Das ist seit
3 jeher unser Anspruch. Wir wollen den uneingeschränkten Anspruch von Frauen mit
4 und ohne Einwanderungsgeschichte

5 auf gleiche Rechte und umfassende Teilhabe endlich einlösen. Sprache schafft
6 nicht nur Bewusstsein, sondern ist auch Ausdruck von Machtverhältnissen. Wir
7 stehen daher auch bei Geschäftsordnungen und Gesetzestexten für die Verwendung
8 einer geschlechtergerechten Sprache, die tatsächlich alle anspricht und nicht
9 nur mitmeint. Als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu mehr Macht und Teilhabe
10 haben wir ein Paritätsgesetz zur gleichen Repräsentation von Frauen im Landtag
11 beschlossen, welches inzwischen leider vom Verfassungsgericht für nichtig
12 erklärt wurde. Chancen, Macht, Geld und Zeit sollen endlich gerecht zwischen
13 allen Geschlechtern geteilt werden. Frauen haben sich rechtliche Gleichheit über
14 Jahrhunderte erkämpft, sind inzwischen schon viel selbstverständlicher auf
15 vielen Ebenen vertreten und haben sich zahlreicher alter Rollenklischees
16 entledigt. Doch das Ziel echter Gleichstellung ist leider noch lange nicht
17 erreicht. Veränderungen dauern zu lange. So sind Frauen heute immer noch
18 wirtschaftlich und politisch benachteiligt, schlechter sozial abgesichert, mit
19 weniger Chancen, größeren Widerständen und falschen Stereotypen konfrontiert.
20 Wir arbeiten daran, diese vielfältigen Benachteiligungen und strukturellen
21 Diskriminierungen von Frauen zu beseitigen und umfassende Chancengleichheit zu
22 verwirklichen.

23 Viele Frauen in Thüringen sind voll berufstätig. Viele arbeiten in Minijobs,
24 Teilzeit oder in prekärer Beschäftigung und werden schlechter entlohnt als
25 Männer. Wir BÜNDNISGRÜNE nehmen das nicht hin und streiten auf allen Ebenen für
26 die gleiche Bezahlung bei gleichwertiger Arbeit für alle Geschlechter. Die im
27 Durchschnitt geringeren Einkommen von Frauen liegen auch in ihren geringeren
28 Aufstiegschancen und der geringeren Anerkennung und Wertschätzung vieler Berufe
29 begründet, die maßgeblich von Frauen ausgeübt werden. Zudem sind Frauen noch
30 immer viel seltener in höheren beruflichen Positionen vertreten. Der öffentliche
31 Dienst geht an manchen Stellen mit gutem Beispiel voran und fördert die
32 Chancengerechtigkeit aktiv, durch geschlechtergerechte Besetzung der Stellen in
33 der öffentlichen Verwaltung und in den öffentlich-rechtlichen Landesgremien und
34 Aufsichtsräten. Doch auch dort wird deutlich, dass in Führungspositionen kaum
35 Frauen vertreten sind - das wollen wir ändern. Unser Ziel bleibt es, im
36 öffentlichen Dienst einschließlich aller landesfinanzierten Einrichtungen, wie
37 auch der Hochschulen, die Chancengleichheit auf allen Ebenen konsequent zu
38 fördern. Wir werden einen Thüringen-spezifischen Lohnatlas erarbeiten, um
39 Unterschiede in der Bezahlung der Geschlechter leichter aufdecken zu können.
40 Zudem wollen wir die Entgeltgleichheit als ein Vergabekriterium in das Thüringer
41 Vergabegesetz mit aufnehmen. Bei der Nachwuchsförderung und der Weiterbildung
42 sollen überproportional Frauen auf die Übernahme von Führungspositionen
43 vorbereitet werden. Im öffentlichen Dienst werden wir uns dafür einsetzen, dass

44 Ausschreibungen so gestaltet werden, dass sich alle Geschlechter angesprochen
45 fühlen. Um die aktuelle Situation zu evaluieren, soll untersucht werden, wer
46 sich auf welche Ausschreibungen bewirbt Wir wollen Gründerinneninitiativen
47 stärken und die Gründungsberatung speziell für Frauen ausbauen und bekannter
48 machen.

49 Der Jobverlust im Kontext von Corona betrifft zu erheblichen Teilen den
50 Dienstleistungsbereich, in dem viele Frauen arbeiten. Deshalb wollen wir durch
51 ein Landesförderprogramm Perspektiven und Möglichkeiten für betroffene Frauen
52 bieten. Es sollen Angebote zum Wiedereinstieg und zur Umschulung geschaffen
53 werden, die sich besonders an Frauen orientieren und richten.

54 Frauen übernehmen nach wie vor den größeren Teil der familiären Fürsorgearbeit.
55 Während der Pandemie ist die Ungleichverteilung der Arbeit wieder besonders
56 deutlich geworden. Flexiblere Arbeitszeiten und Homeoffice sowie ein Recht auf
57 Homeoffice sind wichtige Schritte, um eine gute Vereinbarkeit von Beruf und
58 Familie zu gewährleisten. Wird das Kind krank oder werden die Eltern
59 pflegebedürftig, muss oftmals kurzfristig das Leben von Eltern neu justiert
60 werden. Das darf nicht zur strukturellen Überforderung der Familien führen. Auch
61 deshalb soll der Wechsel zwischen Teilzeit und Vollzeit leichter möglich sein.
62 Wir wollen dafür gemeinsam mit der Wirtschaft eine Initiative auf Landesebene
63 begründen.

64 Existenzängste dürfen mit einer Schwangerschaft nicht verbunden sein. Daher
65 fordern wir, selbständige genauso wie angestellte Mütter, vor und nach der
66 Geburt unter einen besonderen Schutz zu stellen und diesen im Mutterschutzgesetz
67 zu verankern. Jeder werdenden Mutter muss ein Schutz von 6 Wochen vor und 8
68 Wochen nach der Entbindung zustehen sowie das damit einhergehende
69 Mutterschaftsgeld in Anlehnung an das bereits Bestehende. Nur so ist zu
70 verhindern, dass selbständige Schwangere in den Ruin getrieben werden. Dafür
71 werden wir uns als BÜNDNISGRÜNE Thüringen durch eine Bundesratsinitiative
72 einsetzen.

73 Wir sind mit dem Paritätsgesetz für Thüringen einen längst fälligen Schritt zur
74 Gleichstellung von Frauen in der Politik gegangen und haben damit Neuland
75 betreten. Die Sondervoten des Verfassungsgericht bestärken unsere Auffassung,
76 dass ein Paritätsgesetz notwendig und auch rechtssicher umsetzbar ist. Deshalb
77 werden wir weiter an einer verfassungsgemäßen, vollumfänglichen paritätischen
78 Ausgestaltung des Wahlrechts arbeiten, welches auch die Direktwahlkreise nicht
79 außer Acht lässt. Auch beim Gender-Budgeting bleiben wir dran: Bei allen
80 politischen Maßnahmen der Landesregierung und beim Landeshaushalt wollen wir bei
81 künftigen Haushalten eine Folgenabschätzung hinsichtlich der Gleichstellung der
82 Geschlechter vornehmen. Für eine funktionierende Gleichstellungspolitik braucht
83 es flächendeckend in den Kommunen Ansprechpartner*innen, die sich vor Ort
84 proaktiv mit der Thematik auseinandersetzen und Projekte voranbringen. Wir
85 unterstützen die Kommunen daher finanziell und organisatorisch bei der
86 Einrichtung, dem Erhalt und der Stärkung der Stellen von
87 Gleichstellungsbeauftragten.

88 Im Jahr 2018 registrierte die Thüringer Polizei 2.940 Fälle häuslicher Gewalt.
89 Den größten Anteil der Betroffenen bilden mit 2.323 Fällen dabei Frauen. Gewalt
90 gegen Frauen und Mädchen, Bedrohung, sexuelle Übergriffe und Nötigung sind immer
91 noch ein großes Problem, sie müssen konsequent verfolgt und bestraft werden. Wir

92 wollen Schutz und Hilfe stärken und für ausreichend Plätze in Frauenhäusern und
93 genügend Personal in den Schutzwohnungen sorgen. Frauenhäuser müssen dabei
94 flächendeckend schnell erreichbar sein. Das Personal in den Interventionsstellen
95 sollte mindestens verdoppelt werden. Wir BÜNDNISGRÜNE unterstützen die Forderung
96 nach einer bundesweit einheitlichen, bedarfsdeckenden und unbürokratischen
97 Frauenhausfinanzierung und werden die finanzielle Unterstützung durch das Land
98 verstetigen. Dabei ist klar, dass Schutzwohnungen für Menschen aller
99 Geschlechter, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, offenstehen müssen und
100 insbesondere auch die Bedarfe von Kindern in den Blick genommen werden müssen.
101 Die Istanbul-Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt
102 gegen Frauen und von häuslicher Gewalt muss – zentral koordiniert durch den/die
103 Beauftragte/n im Sozialministerium diese Stelle muss auch gestärkt werden-- auch
104 in Thüringen umgesetzt werden. In den ersten 100 Tagen nach Regierungsbildung
105 werden wir hier einen Umsetzungsplan vorlegen. Auch in Thüringen muss es –
106 entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention – ein Frauenhaus mit
107 behindertengerechtem Zugang geben. Zugleich wollen wir auch Projekte fördern,
108 die von häuslicher Gewalt betroffene Männer und Jungen in Thüringen
109 unterstützen. Doch wir stehen nicht nur für einen konsequenteren Schutz von
110 Personen aller Geschlechter vor häuslicher Gewalt und eine bessere Betreuung der
111 Betroffenen. Wir wollen präventive Ansätze gezielt fördern und Täter*innenarbeit
112 stärken. Daher unterstützen wir Initiativen und Organisationen, die Programme
113 zur Gewaltprävention anbieten. Betroffene von häuslicher Gewalt sollen nicht
114 auch noch zusätzliche finanzielle Lasten tragen müssen. Deshalb wollen wir einen
115 staatlichen Interventionsfonds einrichten, über den die Kosten für Gewaltschutz,
116 Prozesskosten und dergleichen unbürokratisch vorfinanziert werden und später von
117 den Täter*innen zurückgefordert werden.

118 Zudem braucht Thüringen anerkannte Fachberatungsstellen für Frauen und Mädchen,
119 die sexuelle Gewalt erlebt haben. Das Personal, das mit der Problematik der auch
120 hierzu zählenden Genitalverstümmelung umgeht, braucht spezifische
121 Sensibilisierung und Schulung. Weibliches Personal mit eigener
122 Einwanderungsgeschichte sollte hier bevorzugt eingesetzt werden.

123 Geflüchtete Frauen und Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund benötigen
124 gezielte mehrsprachige Beratungs- und Unterstützungsangebote, auch und gerade,
125 wenn sie von sexualisierter Gewalt betroffen sind. In den
126 Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete muss es besondere Schutzorte für diese
127 Menschen geben.

128 Wir machen uns stark für die Förderung und Weiterentwicklung von Frauenzentren,
129 die auch im ländlichen Raum gut erreichbar sein müssen. Betroffene von sexueller
130 Gewalt, Nötigung und Ausbeutung brauchen jede Form von Unterstützung, es bedarf
131 regelmäßiger Sensibilisierung und Fortbildung für die Polizei, in der Justiz und
132 bei medizinischem Personal. Die anonyme und vertrauliche Spurensicherung nach
133 sexuellen Übergriffen muss – gegebenenfalls mit einem über die Rechtsmedizin
134 abgesicherten Notruftelefon – in ganz Thüringen gewährleistet sein. Insbesondere
135 Mädchen und Frauen sollen mit einer öffentlichen, mehrsprachigen Kampagne dazu
136 ermutigt werden, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen. In den
137 Staatsanwaltschaften wollen wir Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche
138 Lebensweisen etablieren, an die sich Betroffene queerfeindlicher
139 Hasskriminalität wenden können, um Strafanzeigen zu stellen. Um Erkenntnisse
140 über das Ausmaß geschlechtsbezogener Gewalt in Thüringen zu erlangen, wollen wir
141 eine Dunkelfeldstudie in Auftrag geben. Eine Form der Gewalt, die besonders

142 Frauen, nicht binäre, inter* und trans* Personen ist Gewalt im digitalen Raum.
143 Um dies besser bekämpfen zu können, braucht es eine Stärkung der fachlichen und
144 personellen Kompetenzen der Polizei in dem Bereich.

145 Selbstbestimmt über den eigenen Körper zu entscheiden, ist gerade für junge
146 Menschen nicht immer leicht. Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht über
147 den eigenen Körper für alle ein, insbesondere für Frauen, inter- und trans-
148 Personen. Betroffene Personen von ungewollter Schwangerschaft brauchen
149 wohnortnahe Unterstützung und Hilfe. Wir wollen das Recht einer selbstbestimmten
150 Familienplanung stärken und Menschen mit geringem Einkommen unkomplizierten und
151 kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln ermöglichen. Frauen mit Behinderungen
152 haben das Recht, ihre Bedürfnisse und Wünsche in der Gesellschaft aktiv zu
153 vertreten. Es ist unsere gesellschaftliche sowie staatliche Pflicht zu handeln,
154 wenn Frauen mit Behinderungen sexuell oder anderweitig belästigt bzw.
155 missbraucht werden, sie vor sexuellem Missbrauch zu schützen und dies
156 strafrechtlich zu verfolgen. Schönheitsideale und Körpernormen, wie sie in der
157 Werbung vermittelt werden, haben oft wenig mit der Realität zu tun, aber
158 erhebliche Auswirkung auf unsere Selbstwahrnehmung. Kinder und Jugendliche
159 sollen möglichst frei von solchen normierenden Vorgaben leben und aufwachsen
160 können. Wir wollen daher den Respekt vor körperlicher Vielfalt fördern. Um
161 körpernormierende, diskriminierende und stereotypenverstärkende sexistische
162 Werbung in Thüringen zu verhindern, sollen verbindliche Regeln entsprechend den
163 Regeln des Deutschen Werberates für kommerzielle Kommunikation getroffen werden.
164 Über sexistische und herabwürdigende Darstellungen von Frauen wird auch das
165 gesellschaftliche Bild von Frauen und Mädchen beeinflusst. Zum respektvollen und
166 gewaltfreien Miteinander gehört daher auch der Verzicht auf sexistische oder in
167 anderer Form diskriminierende und herabwürdigende Werbung. Wir wollen daher
168 zudem Kommunen dabei unterstützen, solche Werbungen im Stadtbild nicht mehr
169 zuzulassen.

170 Das Bewusstsein für die Vielfalt von Geschlechtern und sexuellen Orientierungen
171 beginnt sehr früh. Geschlechtergerechtes Lernen in Kindergärten und Schulen muss
172 selbstverständlich werden. Schulische Lernmaterialien wollen wir auf (hetero-
173)sexistische Klischees überprüfen und überarbeiten. Dabei soll darauf geachtet
174 werden, dass die Lehrmaterialien Vielfalt widerspiegeln und auch Frauen, inter-
175 und trans-Personen dargestellt werden sowie weibliche Personen zu einem
176 relevanten Teil repräsentiert sind. Die Lehrpläne müssen an aktuelle
177 Entwicklungen angepasst werden. Schulische Aufklärungsprojekte zu sexueller und
178 geschlechtlicher Vielfalt gilt es flächendeckend zu etablieren. Zudem setzen wir
179 auf eine geschlechtersensible Pädagogik und qualifizierte Aus-, Fort- und
180 Weiterbildung für alle Lehrkräfte.

181 Sexuelle Ausbeutung werden wir auch weiterhin konsequent bekämpfen. Um die
182 Situation von in der Prostitution tätigen Personen zu verbessern, haben wir
183 Mittel für freiwillige, kostenlose und mehrsprachige Beratungsangebote zu Themen
184 wie Gesundheit, Schulden und Ausstieg aus dem Gewerbe bereitgestellt. Den Umgang
185 mit den eingestellten Geldern werden wir beim zuständigen Gesundheitsministerium
186 kritisch begleiten. Wir wollen einen „Runden Tisch Prostitution“ zur Erarbeitung
187 eines Handlungskonzeptes einrichten, auf dessen Grundlage ein
188 Prostituiertenschutzgesetz umgesetzt werden soll.

189 Für mehr Chancengerechtigkeit wollen wir eine bedarfsgerechte Finanzierung des
190 Landesfrauenrates und der in diesem Bereich tätigen Landesarbeitsgemeinschaften.

191 Akzeptanz und Vielfalt

192 Unser Land ist so vielfältig wie die Menschen, die hier leben. Egal welche
193 geschlechtliche Identität, egal welche sexuelle Orientierung – alle Menschen
194 sollen frei und selbstbestimmt leben und lieben können. Unser Leitbild ist das
195 Grundgesetz: Menschenwürde und Achtung der persönlichen Freiheit aller Menschen
196 sind unser Maßstab. Insbesondere die Schaffung und Durchsetzung dieser Rechte
197 für LSBTIQ* (Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten, Intergeschlechtlichen
198 und allen queeren Menschen) ist uns hierbei wichtig.

199 Mit der Verabschiedung des „Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt“ sind wir
200 in Thüringen einen großen Schritt gegangen, um Akzeptanz, Vielfalt und
201 Gleichberechtigung Wirklichkeit werden zu lassen und bestehende
202 Diskriminierungen abzubauen. Die Initiativen, Verbände und Projekte der queeren
203 Community werden mit dem Programm besser gefördert und in ihrer Arbeit durch
204 eine Koordinierungsstelle unterstützt. Wir wollen das Programm in den kommenden
205 Jahren finanziell deutlich besser ausstatten und im Zuge dessen auch
206 institutionelle Förderung ermöglichen. Das heißt, dass wir mit dem
207 Landesprogramm queere Beratungs- und Begegnungsstellen in ganz Thüringen fördern
208 und aufbauen wollen. Zusätzlich sollen Ansprechpartner*innen in der
209 Landesverwaltung, v.a. den Ministerien geschaffen werden, die für die Umsetzung
210 des Landesprogrammes sowie queere Themen zuständig sind. Nicht zuletzt muss aber
211 auch die bisherige Umsetzung der Maßnahmen des Landesprogramms überprüft und das
212 Programm in Zukunft mit einer wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation
213 ausgestattet werden. Neu ins Programm aufgenommen werden soll die Unterstützung
214 der Thüringer Christopher Street Days und ähnlicher Initiativen. Diese leisten
215 in ehrenamtlicher Arbeit einen wertvollen Beitrag für die Sichtbarkeit und
216 Akzeptanz queerer Menschen in Thüringen. Die Förderung der bestehenden
217 Initiativen sowie von Neugründungen muss deswegen Inhalt des Landesprogramms
218 werden.

219 Das Thüringer Gleichstellungsgesetz soll dahingehend überarbeitet werden, dass
220 die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten nicht mehr nur Frauen und Männer,
221 sondern auch LSBTIQ*-Personen umfassen. Im Anschluss sollen vielfaltssensible
222 Fort- und Weiterbildung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sowie der
223 öffentlichen Verwaltung stattfinden. Diese Aufgabe soll im Landesprogramm für
224 Akzeptanz und Vielfalt verankert werden.

225 Zu einem Thüringen, in dem niemand mehr Diskriminierung erfahren muss, ist es
226 trotzdem noch ein Weg! Wir wollen deshalb, dass bestehende Projekte im Bereich
227 der Antidiskriminierungsarbeit gestärkt werden und die
228 Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) ausgebaut und weiterentwickelt wird: Als
229 Anlaufstelle für alle Menschen in Thüringen kann diese wichtige Arbeit für ein
230 offenes und diskriminierungsfreies Thüringen leisten. Damit soll die Stelle ihre
231 Aufgaben als Prüf- und Beschwerdestelle und als Koordinierungsstelle für
232 Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen besser erfüllen können.

233 Darüber hinaus halten wir eine Aufgaben-Erweiterung der LADS für notwendig: Es
234 ist wichtig, eine Datengrundlage zu Diskriminierungsfällen in Thüringen zu
235 bekommen. Hier sollte die LADS nicht nur Vorfälle erfassen und auswerten,
236 sondern auch Studien umsetzen, die Diskriminierung speziell in Thüringen
237 untersuchen. Auch möchten wir, dass diskriminierende – zum Beispiel (hetero-
238)sexistische - Werbung an dieser Stelle zentral gemeldet werden kann, um das

239 Ausmaß dieses Problems erfassen und darauf reagieren zu können. Wir setzen uns
240 dafür ein, dass die LADS Mittel für öffentlichkeitswirksame Kampagnen, zum
241 Beispiel gegen (Hetero-)Sexismus, Rassismus oder für LSBTIQ*-Rechte, erhält, um
242 viele Thüringer*innen mit diesen Themen erreichen zu können. Ebenso wichtig sind
243 uns auf Projekte und öffentlichkeitswirksame Kampagnen, die für die Sichtbarkeit
244 der queeren Community und zur Aufklärung dienen. Es ist uns wichtig, nachhaltig
245 Vorurteile abzubauen, Akzeptanz zu schaffen und queere Menschen zu empoweren.

246 Damit die Landesantidiskriminierungsstelle all diese wichtigen Aufgaben auch
247 wirklich erfüllen kann, werden wir uns für eine wesentlich umfangreichere
248 Ausstattung der Stelle einsetzen.

249 Daneben finden wir es aber unerlässlich, eine zivilgesellschaftliche
250 Antidiskriminierungsberatung aufzubauen und zu etablieren. Nur eine solche
251 Stelle kann ein niedrigschwelliges Angebot für Menschen in Thüringen darstellen,
252 die Opfer gruppenbezogener Diskriminierung wurden. Ziel soll es sein, ein
253 qualifiziertes Unterstützungsangebot für Betroffene zu bieten, Diskriminierung
254 in Institutionen und Strukturen abzubauen und als Fachstelle die Regelstrukturen
255 zu sensibilisieren sowie einen zentralen Knoten in Vereinsnetzwerken
256 darzustellen.

257 Das Bewusstsein für Vielfalt, aber auch Ausgrenzung und Diskriminierung beginnt
258 früh: „Schwule Sau“ ist auf unseren Schulhöfen leider noch immer eine häufige
259 Beschimpfung. Die Vielfalt von familiären Lebensentwürfen, von sexuellen
260 Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten soll stärker in der Schule
261 thematisiert werden. Wir unterstützen deshalb die Arbeit von
262 Schulaufklärungsprojekten, insbesondere auch finanziell entsprechend dem
263 Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt. Der Besuch solcher
264 Aufklärungsprojekte an Schulen sollten Teil der Schulkultur werden und in die
265 Lehrpläne aufgenommen werden.

266 Die Erziehung und Vermittlung von Akzeptanz beginnt in Familie, Kita und Schule.
267 Aus diesem Grund sollen die Eltern, Lehrer*innen, Erzieher*innen und
268 Pädagog*innen für einen angemessenen und diskriminierungsfreien Umgang mit
269 unseren Kindern sensibilisiert werden. Dafür sollen LSBTIQ*-Themen in die
270 Ausbildung von Lehrer*innen, Pädagog*innen und Erzieher*innen aufgenommen und in
271 regelmäßigen Fortbildungen für diese angeboten werden. Vielfältige (queere)
272 Lebensentwürfe und -konzepte sollen in Unterrichtsmaterialien und -fächern
273 aufgezeigt und von Lehrer*innen thematisiert und eingebunden werden. Unsere
274 Thüringer Vertretung auf der Kultusminister*innenkonferenz soll eine Initiative
275 anstoßen, um bundeseinheitliche Standards und Richtlinien für Schulbuchvorlagen
276 zu erarbeiten.

277 Gerade unter Jugendlichen, die sich ihrer geschlechtlichen Identität oder
278 sexuellen Orientierung nicht sicher sind, gibt es ein erschreckend hohes Risiko
279 selbstverletzenden Verhaltens, psychischer Erkrankungen und leider auch eine
280 überdurchschnittliche Suizidrate. Dabei ist Hilfe oft nicht weit. Wir wollen
281 auch deshalb die queere Jugend- und Schulsozialarbeit stärken sowie die
282 Krisenprävention ausbauen. Insbesondere queere (Jugend-)Zentren spielen hier
283 eine wichtige Rolle und müssen deswegen in Thüringen aufgebaut und etabliert
284 werden. Auch ein mobiles Zentrum soll konzipiert werden. Queere Angebote sollen
285 in den Jugendförderplänen verankert werden, um Jugendliche auch in den
286 ländlichen Gebieten zu erreichen.

287 Zudem setzen wir uns für die Einrichtung geschlechtsneutraler Sanitärbereiche
288 ein. Das Land hat eine verpflichtende Mindestanzahl bei öffentlichen Gebäuden,
289 insbesondere Hochschulen, festzulegen, bei Neubauten haben diese im
290 dreigliedrigen Modell zu erfolgen. Dies bedeutet, dass es stets eine Frauen-,
291 eine Männer- und eine genderneutrale Toilette geben muss, wobei letztere bei
292 Möglichkeit nicht in den barrierefreien Sanitärräumen untergebracht sein soll, um
293 Menschen mit Behinderungen einen weiterhin uneingeschränkten Zugang zu
294 gewährleisten. Zudem hilft das Land bei der Finanzierung mit.

295 Menschen mit normabweichender sexueller Orientierung und/oder geschlechtlicher
296 Identität berichten immer wieder von Diskriminierung oder werden Betroffene von
297 Hass und Gewalt. Die Dunkelziffer ist dabei hoch, da viele Betroffene aus Scham
298 und Angst vor weiterer Diskriminierung keine Anzeige erstatten und Verbrechen
299 gegen LSBTIQ*-Personen nicht gesondert in den Statistiken aufgeführt werden. Wir
300 wollen deshalb Polizei und Justiz stärker für diese Themen sensibilisieren und
301 unterstützen Ansprechpartner*innen für queere Lebensweisen bei der Thüringer
302 Polizei. Außerdem soll geprüft werden, sicherzustellen, dass Polizist*innen, die
303 zu queeren Themen geschult wurden, in den Dienststellen ansprechbar sind.
304 Dadurch möchten wir gewährleisten, dass queere Menschen, die Opfer eines
305 Hassverbrechens oder sexueller Belästigung wurden, eine ausgebildete
306 Ansprechperson vorfinden können. Zudem befürworten wir die gesonderte Ausweisung
307 von Hassverbrechen als Ausdruck von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in
308 den Kriminalitätsstatistiken.

309 Wir unterstützen die Forderungen der Holbein-Stiftung. Als Bündnisgrüne setzen
310 wir uns ein für die Wiederherstellung des Grabmals von Dr. Hans Holbein, die
311 Restitution des Stiftungsvermögens sowie die Neugründung der Holbein-Stiftung
312 zum Beispiel als Landesstiftung und die Einrichtung eines Forschungszentrums zu
313 Geschichte und Gegenwart von sexuellen Identitäten und Orientierungen.

314 Die Forderungen für Akzeptanz und Vielfalt orientieren sich an einigen Stellen
315 an den Forderungen des CSD Thüringen 2020. Dies soll auch in Zukunft unser
316 Maßstab sein: Wir möchten den Thüringer Christopher Street Days und ähnlichen
317 Organisationen Gehör verschaffen und jährlich prüfen, welche deren Forderungen
318 wir aufnehmen, um sie beispielsweise in Haushaltsverhandlungen einfließen zu
319 lassen. Zudem möchten wir uns auch im Bundesrat für die Belange queerer Menschen
320 und den Forderungen der queeren Organisationen in Thüringen einsetzen, um auch
321 Grundsätzliche Themen wie Blutspende, vielfältige Familienmodelle,
322 Selbstbestimmung und vieles mehr in Angriff zu nehmen.